

Niederschrift
über die Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 02.03.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:20 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Nicolai Adler
Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Dr. Matthias Kulinna
Herr Tim Pollvogt
Frau Carla Steinkröger

SPD

Herr Kai-Philipp Gladow
Frau Sarah Leffers
Frau Karin Schrader

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich-Tobien
Frau Daniela Kloss
Frau Romy Mamerow
Herr Dominik Schnell Vorsitzender

FDP

Frau Irene Binder

Die Partei

Frau Heike Wulf

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Herr Carsten Strauch

Beratende Mitglieder

Herr Günter Seidenberg
Herr Cemil Yildirim

Bürgernähe (Beratendes Mitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW)

Frau Gordana Kathrin Rammert

Verwaltung

Herr Martin Adamski
Frau Tanja Möller
Herr Reiner Meierhoff

Beigeordneter Dezernat 3
Leiterin Umweltamt
Bauamt

Schriftführung

Frau Ina Trüggelmann

Umweltamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schnell, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

-.-.-

Zu Punkt 1

Neuaufstellung des Regionalplans OWL für den Regierungsbezirk Detmold - Stellungnahme der Stadt Bielefeld zu den Ausgleichsvorschlägen der Regionalplanungsbehörde

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5313/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Herrn Meyerhoff vom Bauamt und weist darauf hin, dass Herr Meyerhoff für inhaltliche Rückfragen zur Beschlussvorlage zur Verfügung stehe.

Frau Steinkröger erklärt, dass die CDU-Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Es hätten sich aus ihrer Sicht keine Veränderungen gegenüber dem letzten Entwurf ergeben. Lediglich die Wünsche und Änderungsanträge der Koalition seien berücksichtigt worden. Es würden nach wie vor Wohn- und Gewerbeflächen fehlen.

Herr Feurich-Tobien führt aus, dass er sich über das Verfahren sehr ärgere. Die Kompetenz vor Ort würde vom Regionalrat nicht gewürdigt werden. Detailliert ausgearbeitete Änderungsanträge und Wünsche seitens der Bezirksvertretung und des Rates der Stadt Bielefeld wären nicht berücksichtigt worden. Die Beschlussvorlage sei zwar insgesamt zustimmungsfähig, aber Detailverschärfungen wären noch notwendig gewesen. Herr Feurich-Tobien benennt hier die Umkehr der tatsächlichen Verhältnisse vor Ort. Im Norden sollen Flächen verwendet werden, die eigentlich nicht geeignet seien. Im Süden dagegen würden geeignete Flächen nicht berücksichtigt, da im Norden schon so viele Flächen zur Verfügung gestellt worden wären. Des Weiteren sei z.B. an der Friedrich-Hagemann-Straße eine Fläche für ein Kunstdepot vorgesehen gewesen. Da diese Fläche nun nicht mehr in der Form benötigt werde bzw. geplant sei, hätte diese Fläche auch nicht mehr aufgeführt werden müssen. Gleiches gelte für die Festbeschreibung der Grünzüge. Diese sollten über den Regionalplan festgeschrieben werden, aber aus Zeitgründen konnte dies nicht mehr verwirklicht werden. Dies wäre aber sehr wichtig gewesen, um mögliche Wohnbebauung auf Flächen der Grünzüge zu verhindern. Er kritisiert außerdem, dass die Unterlagen viel zu spät zugegangen seien, so dass innerhalb der Koalition sowohl eine Diskussion als auch eine Feinabstimmung nicht mehr möglich gewesen wäre.

Frau Binder schließt sich den Ausführungen von Frau Steinkröger an. Gewerbeflächen seien nicht ausreichend berücksichtigt worden. Auf Nachfrage von Frau Binder erklärt Herr Meyerhoff, dass die gewünschten Änderungen über diverse Anträge in der Beschlussvorlage mit aufgenommen wurden.

Herr Gladow nimmt Bezug auf die Äußerungen von Herrn Feurich-Tobien. Er kann sich vielen Punkten von Herrn Feurich-Tobien anschließen. Die verspätete Vorlage der Unterlagen habe eine genauere Beschäftigung mit der Beschlussvorlage verhindert. Die SPD habe sich aber vor zwei Jahren sehr ausführlich mit den Flächen beschäftigt, so dass die Beschlussvorlage in der Fassung jetzt zustimmungsfähig sei, auch wenn einige Punkte im Detail sicherlich verbesserungsfähig wären.

Frau Wulf weist auf ihren Änderungsantrag hin und appelliert auf Zustimmung. Die Bedenken und Anregungen in den fachlich fundierten Stellungnahmen der Naturschutzverbände seien fast vollständig von der Regionalplanungsbehörde abgelehnt worden. Der Regionalplan forcieren den Flächenverbrauch. Dies sei weder umwelt- und klimaverträglich noch nachhaltig. Es widerspreche auch den Nachhaltigkeitsstrategien von Bund und Land, nach denen der Flächenverbrauch dringend eingedämmt werden müsse. Die Klimaziele seien im Regionalplan nicht erkennbar. Frau Wulf bezieht sich auf eine Aussage von Herrn Adalbert Niemeyer-Lüllwitz vom BUND-Landesvorstand, der dem Regionalrat und der Regionalplanungsbehörde vorwerfe, dass die bedrohliche Klimakrise und das dramatische Artensterben nicht wahrgenommen werden.

Herr Schnell lässt anschließend über den Änderungsantrag von der „Partei“ abstimmen.

Hinweis der Schriftführung:

Beschlusstext und Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag von der „Partei“ werden unter TOP 1.1 aufgeführt.

Der Änderungsantrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Sodann wird über die ursprüngliche Beschlussvorlage abgestimmt. Es ergeht folgender

Beschluss:

- 1. Die Ausführungen in der Begründung zur Beschlussvorlage werden zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Bezirksvertretungen, der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und der Stadtentwicklungsausschuss empfehlen, der Rat beschließt, die als Anlage B beigefügte Stellungnahme der Stadt Bielefeld zu den Ausgleichsvorschlägen der Regionalplanungsbehörde zum Entwurf 2020 des Regionalplans OWL an die Bezirksregierung abzugeben.**

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.1 **Änderungsantrag zu TOP 7 "Neuaufstellung des Regionalplans OWL für den Regierungsbezirk Detmold - Stellungnahme der Stadt Bielefeld (...)" (Antrag von Die Partei vom 30.01.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5531/2020-2025

Hinweis der Schriftführung:

Die inhaltliche Beratung erfolgte unter TOP 1.

Es ergeht folgender

Beschluss:

1. Die Ausführungen in der Begründung zur Beschlussvorlage werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt, die Umsetzung aller durch die Naturschutzverbände geforderten und hinlänglich bekannten Änderungen im Regionalplan an die Bezirksregierung Detmold abzugeben.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Dominik Schnell
(Vorsitzender)

Ina Trüggelmann
(Schriftführerin)